

# Sitzungsvorlage

## SV-10-0842

Abteilung / Aktenzeichen	Datum	Status
20 - Finanzen und Liegenschaften/ 23.10.11-10	22.02.2023	öffentlich

Beratungsfolge	Sitzungstermin
----------------	----------------

Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Kreisentwicklung	09.03.2023
Kreisausschuss	22.03.2023
Kreistag	29.03.2023

Betreff **Neubau der Kreisleitstelle / Erweiterung des Kreishauses I: Sachstandsbericht**

### Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Sachstandsbericht:

Mit Beschluss des Kreistages v. 17.06.2020 (SV-9-1684) wurde die Verwaltung mit der Planung für den Neubau der Leitstelle und die Schaffung zusätzlicher Büroräume als Erweiterung des Kreishauses I beauftragt. Nach Beauftragung des Architekturbüros mit vorgelagertem Architektenwettbewerb Ende 2021 sowie der Durchführung europaweiter und nationaler Vergabeverfahren zur Beauftragung der weiteren Planungsbeteiligten in der Zeit bis Juli 2022 konnte inzwischen im Januar dieses Jahres die Vorplanung – Leistungsphase 2 HOAI – fertiggestellt werden.

Die prämierte Wettbewerbsidee wurde weiterverfolgt und beibehalten, der Baukörper fügt sich städtebaulich-architektonisch und funktional-synergetisch in das Ensemble der bestehenden Verwaltungsgebäude ein. Durch die Verbindung des Neubaus mit dem Bestand über eine wettergeschützte Brücke und die Aufnahme der Geschossigkeit und Materialität des Bestandes entsteht ein Gebäude mit angenehmer Maßstäblichkeit. Eine Visualisierung des Baukörpers und der Raumgestaltung der Einsatzzentrale ist der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt.

Gegenüber der Vorstudie war im Rahmen der Vorplanung eine Anpassung des Raumprogramms notwendig. Aufgrund des in den letzten Jahren gestiegenen Notrufaufkommens in der Leitstelle (ca. 20 % Steigerung allein von 2021 auf 2022) ist es erforderlich, die Zahl der Disponentenarbeitsplätze von ursprünglich 8 auf 9 zu erhöhen, womit neben der zusätzlichen Arbeitsplatzausstattung ein erhöhter Platzbedarf verbunden ist.

Weitere Auswirkungen auf den Platzbedarf ergeben sich durch folgende neue Funktionen bzw. Räume, deren Notwendigkeit sich in der Planungsphase ergeben hat:

- zwei zusätzliche Besprechungsräume im Bereich des bestehenden Gebäudevorsprungs
- eine notwendige Behinderten-WC-Anlage für die Verwaltung im Erdgeschoss
- Aufwertung des bisher geplanten Stabsraumes zum Krisenstabsraum; dadurch wird ein zusätzlicher Raum für die nebenan einzurichtende Fernmeldezentrale benötigt
- Vergrößerung der Leitstellenbüros zur Aufnahme von Reservearbeitsplätzen
- Vergrößerung des Serverraums zur Aufnahme der Verwaltungsserver einschließlich der notwendigen Redundanz (aus Gründen des Hochwasserschutzes empfohlen)

Insgesamt ist mit den o. g. zusätzlichen Anforderungen eine Erweiterung des Raumprogramms um ca. 180 qm Nutzfläche (ca. 250 qm BGF) verbunden.

Im Bereich der Gebäudetechnik wurde entschieden, bei der Beheizung auf fossile Brennstoffe zu verzichten und eine Wärmepumpe vorzusehen. Darüber hinaus ist es aufgrund der Aufwertung des Stabsraumes zum Krisenstabsraum erforderlich, die stationäre Netzersatzanlage (NEA) im Anbau neu herzustellen anstatt die bestehende NEA an den neuen Standort zu verlagern.

Zur weiteren Vorgehensweise ist geplant, die Entwurfsplanung – Leistungsphase 3 HOAI – bis Ende Juni dieses Jahres fertigzustellen und den Bauantrag einzureichen. In diesem Zeitraum ist auch die Erstellung einer detaillierten Kostenberechnung vorgesehen, über die in den Gremien berichtet wird.